

# „Kein Stacheldraht um Gemeinden“

Michael Fürst, Landespräsident jüdischer Gemeinden, spricht mit Landtagsabgeordneten über Sicherheitsvorkehrungen – und plädiert für moderate Lösungen

Von Tobias Kurz

**Hannover.** Wie können Juden und Jüdinnen in Deutschland geschützt werden? Und wie sollte Niedersachsens Politik mit dem Problem des wachsenden Antisemitismus umgehen? Über diese und weitere Themen hat Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbands jüdischer Gemeinden in Niedersachsen, zwei Wochen nach dem Brandanschlag auf eine Oldenburger Synagoge jetzt mit aktuellen und ehemaligen Abgeordneten des Landtags in Hannover gesprochen.

„Ich hätte mir diesen Zustand vor ein paar Jahren nicht vorstellen können“, sagte Fürst, der auf Einladung der Parlamentarischen Vereinigung Niedersachsens an einem Runden Tisch teilnahm. Seit dem versuchten Massenmord an Juden in Halle im Oktober 2019 habe sich das Sicherheitsgefühl von Juden deutlich verändert, erklärte er. Die jüngste Entwicklung und der Brandanschlag in Oldenburg verstärkten diese Sorgen.

## Spirale der Angst verhindern

Gleichwohl betonte Fürst, dass es nicht gut sei, in der aktuellen Situation gleichsam eine Spirale der Angst auszulösen. „Ich versuche, meinen Verbandsmitgliedern deutlich zu machen: Wenn ich Angst habe, habt ihr auch Angst. Ich will keinen Stacheldraht und keine Mauern um unsere Gemeinden. Ich weiß, dass es Einzeltäter gibt, gegen die man nichts machen kann.“ Das Land Niedersachsen zeige große Bereitschaft, Geld für Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Doch Fürst plädiert für einen moderaten Schutz. Wichtig sei vor allem Personal, das die Aufnahmen von Überwachungskameras in Echtzeit beobachte, um



„Es gibt Einzeltäter, gegen die man nichts machen kann“: Michael Fürst warnt vor zu scharfen Sicherheitsmaßnahmen.

FOTO: ILONA HOTTMANN

in möglichen Gefahrensituationen schnell reagieren zu können.

Mit der demonstrativen Distanzierung von Antisemitismus, um die sich alle Fraktionen des Landtags im Rah-

men der Aktuellen Stunde am Donnerstag, 18. April, bemühten, kann Fürst jedoch wenig anfangen. Er erklärte: „Vertreter aller Parteien haben gesagt, dass Antisemitismus kei-

nen Platz in Deutschland habe. Da werde ich leicht sauer. Er ist ja schon da, ganz offensichtlich. Es wäre schön, wenn er keinen Platz hätte.“

Der 76-Jährige, der das Amt des

Landespräsidenten jüdischer Gemeinden schon seit 1980 innehat, hofft auf erfolgreiche Ermittlungen zu dem Anschlag in Oldenburg. „Ich bin guter Hoffnung, dass man den Täter findet, um dann zu erfahren, welcher Gruppe er angehört“, sagte er. Und weiter: „Antisemitismus findet man in der Mitte der Gesellschaft. Er ist nicht links, nicht rechts, nicht muslimisch, er ist überall.“ Die Zivilgesellschaft sei gefragt, diesen – oft latenten – Antisemitismus zu benennen und zu bekämpfen.

Mit Blick auf den eskalierenden Krieg im Nahen Osten sagte Fürst: „Ich befürchte, dass Israel eine Vergeltungsmaßnahme gegen den Iran durchführen wird, was ich nicht hoffe. Aber ich habe dafür Verständnis.“ Das erklärte er, bevor bekannt wurde, dass Israel in der Nacht zu Freitag mutmaßlich eine Militäroperation gegen den Iran ausgeführt hatte.

Für Stimmen, die Israel zur Mäßigung aufrufen, hat Fürst wenig Verständnis. Das Land habe das Recht, sich zu verteidigen. „Von Israel Zurückhaltung zu fordern, ist nicht angemessen. Man versucht seit 1948, den Staat Israel im Meer zu versenken, ihn zu vernichten.“ Die Mitglieder der Hamas seien keine Freiheitskämpfer. „Es sind schlicht Terroristen, die jeden Tag, jede Minute die Möglichkeit haben, diesen Krieg zu beenden, indem sie sich ergeben und die Geiseln freigeben.“

Was wünscht er sich für die Zukunft im Nahen Osten? „Aus meiner Sicht ist eine Zweistaatenlösung die einzige Lösung.“ Die scheitere aber derzeit auch an der israelischen Siedlerpolitik, die die Vertreibung vieler Palästinenser aus ihrer Heimat zur Folge hatte. „Diese Politik halte ich für sehr problematisch – und viele Israelis lehnen das ebenfalls ab.“

## Küstenschutz: Neuer Sand für Inseln

Von Lennart Stock

**Harlesiel.** Niedersachsen will mit dem Bund rund 80 Millionen Euro in den Küstenschutz am Festland und auf den Inseln investieren. Umweltminister Christian Meyer (Grüne) sprach im ostfriesischen Harlesiel (Landkreis Wittmund) von einer „Rekordsumme“, die 2024 zur Verfügung steht. Ein Großteil, rund 15,7 Millionen Euro, soll in Maßnahmen auf den Ostfriesischen Inseln fließen, auf denen in der vergangenen Sturmflutzeit teils viel Sand verloren ging. „Sie sind auch der Schutz für das Festland und natürlich ganz wichtiger Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Deshalb müssen wir dort weiter in Klimaanpassung investieren.“

Auf den Nordseeinseln gibt es laut dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in diesem Sommerhalbjahr zwei größere Baustellen auf Wangerooge und eine auf Langeoog. Auf zwei Kilometern Länge sollen dort rund 450.000 Kubikmeter Sand neu aufgespült werden, um die Düne zu schützen. Das entspricht laut NLWKN rund 4,5 Millionen Schubkarren Sand. Auch auf Wangerooge soll Sand aufgefahren werden.

2023 gaben Bund und Land 78,9 Millionen Euro für den Küstenschutz. Das Geld soll dieses Jahr an mehr als 100 Maßnahmen gehen wie die Erhöhung von Deichen für den erwarteten Meeresspiegelanstieg und die Ertüchtigung von Schöpfwerken. Meyer betonte, Küstenschutz sei Daseinsvorsorge. Durch die Deiche und Dünen an der Küste würden allein in Niedersachsen rund 1,1 Millionen Menschen geschützt.